

Replik auf Interview mit Ignaz Heim: «Nicht der verlängerte Arm der Kesb»; BaZ 24.12.18

Berufsbeistände müssten die Kesb mehr hinterfragen

Von Marcel Borer



Im Interview mit dem BaZ-Journalisten Daniel Wahl fordert Ignaz Heim, ehemaliger Leiter des Kindes- und Jugenddienstes Bremgarten (Kesk), aus Qualitätsgründen Teams von zehn bis 15 Berufsbeiständen, die zwischen 550 und 850 verbeiständete Menschen betreuen. Als studierter Agronom mit betriebswissenschaftlichem Studium in Amerika fordert er darüber hinaus, dass im Kanton Baselland die Gesetzeslage geändert und die Arbeit von Berufsbeiständen künftig mit einer Pauschale – anstelle von 95 Franken pro aufgewendete Stunde – entschädigt wird.

Auf die Kesb-Initiative angesprochen, erweckt Heim den Eindruck, er spreche im Namen der Schweizerischen Vereinigung der Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände (SVBB): «Mit ihrem Vorschlag verlängern die Initianten nur das Leiden und das Risiko für das Kind. Verfahren werden teurer. Das kann die SVBB nicht unterstützen.» Doch seine im Interview gemachten Aussagen sind nicht mit dem Vorstand der SVBB abgesprochen. Was aber will Heim, der laut BaZ (24. Dezember 2018) im Herbst beim Kesk Bremgarten seinen Job verloren hat?

Damit sich Beistände gegenüber der Kesb ausreichend abgrenzen können, fordert der Agronom eine Teamgrösse von 10 bis 15 Personen. In der Praxis würde dies für den Kanton Baselland eine Reduktion der Anzahl an Berufsbeistandschaften und damit auch der fünf Kesb-Kreise bedeuten. Bei seinen Zentralisierungsbestrebungen übergeht Heim jedoch die Gefahr der Vernachlässigung von Randgebieten, längerer Wege und zunehmender Anonymität. Zudem dürfte die Bildung noch grösserer Gemeindeverbände ebenso auf politisch erbitterten Widerstand stossen wie die Forderung, die Arbeit der Berufsbeistände solle nur noch in Form von Pauschalen entschädigt werden.

Fraglich bleibt auch, wo Heims Forderungen zu konkreten Vorteilen für die verbeiständeten Personen führen und worauf sein Versprechen fusst, es würden in der Folge Kosten eingespart. Denn im Kanton Basel-Stadt müsste – damit die von Heim zu Recht geforderte grössere Autonomie gegenüber der Kesb und mehr Nähe der Beistände zu den Klienten entsteht – die enge Allianz von Kesb-Abklärung, Kesb-Spruchkammer und dem Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (Abes) unter dem Dach des Blau-Weissen Hauses aufgebrochen und Abklärung und Berufsbeistandschaft in die Quartiere verlegt werden.

Doch hier sperrt Regierungsrat Christoph Brutschin, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), seit jeher, obwohl das Abes bei stetig zunehmendem Personal aus allen

Nähten platzt und sich die Berufsbeistände teilweise zu dritt ein Büro teilen, notabene bei oft mehr als 100 Dossiers pro Vollzeitstelle. Vertrauliche Beziehungen zu verbeiständeten Personen – wie Heim sie fordert – sind damit schier unmöglich und die Situation für Berufsbeistände und die ihnen anvertrauten Personen kann nur mit deutlich höheren Investitionen erkennbar verbessert werden.

Heim vermittelt im Interview mit der BaZ ein irritierendes Bild, wenn er von den Beiständen als deren ehemaliger Chef in Bremgarten fordert, diese müssten in Zukunft die Kesb mehr hinterfragen. Er öffnet solcherart Raum für die Unterstellung, Beistände seien willfähige Handlanger der Obrigkeit. Und er stellt – wenn vermutlich auch ungewollt – einen ganzen Berufsstand infrage, wenn er als Agronom schreibt: «Viele Berufsbeistände haben Soziale Arbeit studiert. Damit ist noch lange nicht garantiert, dass ein qualifizierter Berufsbeistand hervorgeht».

Spricht Heim jedoch als Präsident der SVBB mit den angeblich mehr als 1 100 Mitgliedern (Aargauer Zeitung 20. März 2018), so handelt es sich bei schätzungsweise 90 Prozent um automatische Mitgliedschaften über die öffentliche Verwaltung. Die Mitgliederbeiträge von rund 1 000 Mitgliedern werden demzufolge über Steuergelder finanziert. Zahlreiche Berufsbeistände wissen jedoch gar nicht um ihre Zwangsmitgliedschaft. Im Gegenzug sind kaum Beistände in der SVBB vertreten, die den Mitgliederbeitrag aus eigener Tasche bezahlen. Es stellt sich daher für Heim und die Schweizerische Vereinigung zwangsläufig die Frage der Legitimation. Hat Heim deshalb im Frühjahr 2018 an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung die rund 20 anwesenden Mitglieder darüber abstimmen lassen, bei der Firma Stöhlker AG rund 70 000 Franken für die Öffentlichkeitsarbeit der SVBB zu investieren?

Gut in jedem Fall ist, wenn die Position der Beistände – auch gegenüber der Kesb – gestärkt wird. Kaum hilfreich aber ist, deren Arbeit politisch zu instrumentalisieren und das Sprachrohr berufsfremden Personen zu überlassen.